

# Gemeinden bald auf Windfang über Eifelwäldern

200 Besucher informieren sich in Rommerskirchen bei Veranstaltung „Windenergie für Bürger und Gemeinden“

Rund 200 interessierte Bürger haben an einer Informationsveranstaltung zum Thema „Windenergie für Bürger und Gemeinden“ in Rommerskirchen teilgenommen. Eingeladen hatte der Landtagsabgeordnete Dietmar Johnen (Bündnis 90/Die Grünen). Neben Zukunftsvisionen zu regenerativen Energien wurden vor allem landespolitische Klimaschutzziele und planerische Vorgaben vorgestellt.

Von unserer Redakteurin  
Stefanie Glandien

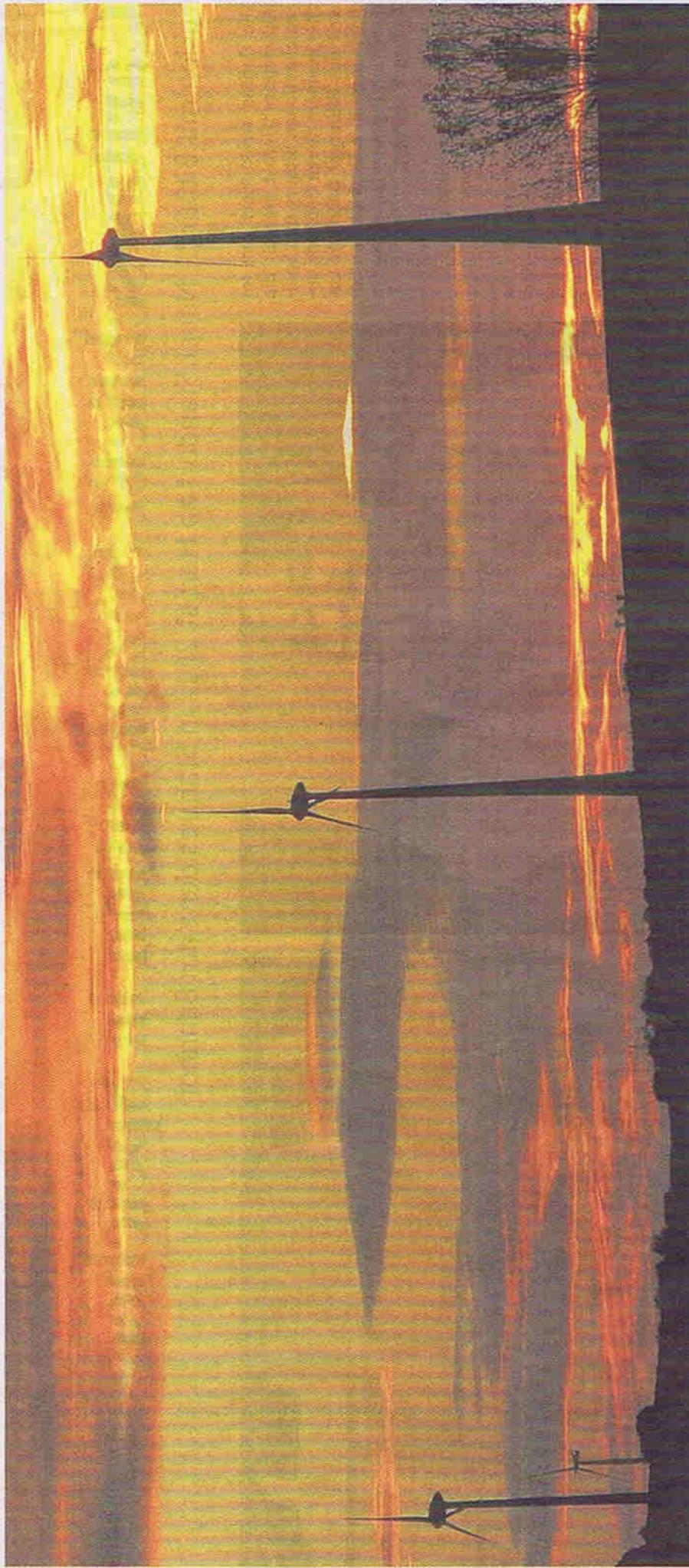
Rommersheim. Im voll besetzten Bürgerhaus in Rommersheim stand am Freitag die Windkraft im Fokus. Dietmar Johnen, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, hatte dazu Fachleute aus dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium sowie der Region eingeladen. Ziel war, Bürger, Bürgermeister und Gemeinderäte über den aktuellen Stand zu informieren.

So sprach Michael Diemer, Leiter des Forstamtes Kastellaun und Referent im Umweltministerium, über seine Erfahrungen mit Windrädern an Waldstandorten. Von den derzeit 1250 Windrä-



Johnen, (Bündnis 90/Die Grünen) spricht auf der Tagung zum Thema Windenergie.

dern in Rheinland-Pfalz stehen bereits zehn Prozent im Wald.



Die erneuerbaren Energien sollen deutlich ausgebaut werden. So wie auf unserem Foto in Watzrath wird es zukünftig noch weitere Windräder geben. Der Landtagsabgeordnete Dietmar Johnen von Bündnis 90/Die Grünen sprach in Rommersheim zum Thema Windenergie. TV-FOTOS (2): STEFANIE GLANDIEN

Technisch sei dies erst seit rund vier Jahren möglich, sagte Diemer. Seit es Windräder mit einer Nabenhöhe von 138 Metern geben können die Rotoren sich über den Bäumen problemlos drehen, erklärte er. Für Waldstandorte spreche, dass diese meist fern der Ortschaft lägen und in der Regel auf Höhen zu finden seien, wo viel Wind wehe. Zur Versparung der Landschaft sagte er: „Die Windräder kann man im Wald besser verstecken, als auf der Freifläche.“ Auch der Flächenbedarf (Rodung) falle mit 0,4 bis 0,5 Hektar eher gering aus. Dadurch, dass man die Anlagen an bestehenden Wegen aufstelle, müsse man keine neuen Schneisen in

den Wald schlagen. Dennoch gebe es Nachteile. „Wir stellen keine 200 Meter hohen Windräder

**„Die Windräder kann man im Wald besser verstecken, als auf der Freifläche.“**

**Michael Diemer, Leiter des Forstamtes Kastellaun**

auf und machen die unsichtbar“, sagte er. Ungelöst sei auch das Problem der Stromerzeugung und des Netzausbaus.

Der Ausbau der Speicherkapazität und intelligente Netze, die Energie auffangen können – das seien die Herausforderungen der Zukunft, sagte Ernst-Christoph Stolper, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Landesplanung. „Was uns bevorsteht, ist vergleichbar mit der Entwicklung vom analogen Telefon zum iPhone.“ In zwei bis drei Jahren sei die Kapazität der Netze am Ende, schätzte er. Dennoch hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Stromerzeugung aus Windenergie zu verfünffachen. Bis 2030 soll der Strom zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie stammen.

Über den aktuellen Stand der

Planungen in der Region Trier referierte Roland Wernig, leitender Planer bei der Planungsgemeinschaft Region Trier. Sein Fazit: Bereits jetzt belege man in der Region einen Spitzenplatz landesweit. Zurzeit werden 25 Prozent des regionalen Strombedarfs durch Windkraftanlagen gedeckt.

„In der Eifel gibt es hocheffiziente Standorte – wieso soll man die an einen Investor abgeben, wenn doch Kommunen und Bürger das selbst übernehmen könnten?“, fragte Bernhard Gillich vom Trier Planungsbüro BGH Plan. Da nicht jede Gemeinde einen Windpark auf ihrer Gemarkung errichten könne, empfahl

er, sich schon jetzt Gedanken zu machen über einen interkommunalen Lastenausgleich. Außerdem riet er, Standorte nicht vor schnell zu vermarkten. Es wäre vorteilhaft, wenn die Projektpartner möglichst aus der Region kommen würden, damit Arbeitsplätze und Gewerbesteuer vor Ort blieben.

Dietmar Johnen stellte fünf Beteiligungsmodelle vor. Helmut Fink, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Bittburg-Prüm, zog das Fazit: „Raffigier ist sicherlich fehl am Platz. Wir müssen versuchen, gemeinsam Standorte zu entwickeln und solidarisch zu handeln.“